

tiell ungeheuer wirkmächtiger philosophischer Ansatz, der aufgrund massiver Interessen der Wirtschaft sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie gefördert wird, nicht ignoriert werden.

Denn evident ist, daß sich die Wahrnehmung infolge der Virtualitätserfahrungen in verschiedenster Form umstrukturiert, sich also die formalen Kriterien der Aufnahme von Eindrücken der Wirklichkeit verändern. Damit verändert sich

zwangsläufig auch die „ein-gebildete“ Wirklichkeit – und damit wiederum die Art der Reaktion auf diese. Daß andererseits die Theologie „am Menschen“ arbeiten muß, versteht sich von selbst. Die Auseinandersetzung mit der Informationsphilosophie ist in diesem Sinne nicht nur interessante Spielerei, sondern notwendige Kontaktaufnahme, gegenseitige Bereicherung und teilweise wohl auch radikale Abgrenzung. Viel Arbeit bleibt hier zu tun. *Christian Wessely*

## Tief verunsicherte Kontrolleure

### Chinas Staatspartei und die Falun-Gong-Bewegung

*In den vergangenen Monaten machte die chinesische Falun-Gong-Bewegung Schlagzeilen. Im fünfzigsten Jahr der Volksrepublik China fordert diese weit verbreitete Meditationsbewegung die Behörden heraus, die an ihrer strikten Kontrolle religiöser Aktivitäten festhalten wollen. Der Erfolg von Falun-Gong ist ein unübersehbares Zeichen für die ideologische Leere im offiziell kommunistischen China.*

Am 1. Oktober werden es fünfzig Jahre, daß Mao Zedong 1949 in Beijing an historischer Stätte am Tiananmenplatz die Gründung der Volksrepublik China ausgerufen hat. Das Jubiläum wird mit großem propagandistischem Aufwand gefeiert. Schließlich gibt es ja auch Grund dafür. Denn die fünfzigjährige Geschichte der kommunistischen Herrschaft stellt in der langen, mehrere tausende Jahre umfassenden chinesischen Geschichte trotz der vielen Kampagnen und Umbrüchen eine Epoche relativer Stabilität dar. Damit diese Stabilität auch gewahrt bleibt, hat die kommunistische Führung im Vorfeld der Feiern für ein „günstiges Umfeld“, wie es im Jargon der Machthaber heißt, gesorgt. Konkret bedeutet dies, daß „unsichere Elemente“, sprich Dissidenten und einfache Kriminelle, durch Verhaftungen und schnelle Verurteilungen erst einmal von der Bildfläche verschwinden.

Bei den verhafteten Dissidenten handelt es sich um eine bunte Mischung von politisch Andersdenkenden, Angehörigen der schon länger ins Visier genommenen Falun-Gong-Bewegung, Mitglieder von protestantischen Hauskirchen und der katholischen Untergrundkirche sowie Sympathisanten der verbotenen Demokratischen Partei. In der Provinz Sichuan wird acht Bauern der Prozeß gemacht, weil sie angeblich versucht haben, eine Privatarmee aufzubauen. Dies ist ein phantastisch anmutender Vorwurf, der aber immerhin auf das weitverbreitete Phänomen aufmerksam macht, daß Unruhe und Unzufriedenheit unter der Landbevölkerung nicht nur in Sichuan im Wachsen begriffen sind.

Die Bemühungen der Regierung, sich im Vorfeld des 50jährigen Jubiläums auf der ideologischen Front wieder ins Spiel

zu bringen, muten ziemlich hilflos und verstaubt an. Der chinesische Präsident und Vorsitzender der kommunistischen Partei, *Jiang Zemin*, hat die Kampagne der „Drei Schwerpunkte“ lanciert, die das Studium der Marx-Lenin-Mao-Deng-Ideen als ersten, die Politik der Umsetzung der Parteilinie als zweiten und „gesunde Tendenzen“ gegen die weitverbreitete Korruption in der Partei als dritten Schwerpunkt beinhaltet. Die Kampagne, die Ende 1998 begonnen wurde, ist bisher in 16 Provinzen durchgeführt worden, dauert jeweils drei Monate und umfaßt Studiensitzungen mit Kritik an Partei- und Regierungsstellen. Teilnahme ist für alle Angehörigen der Institutionen, in denen die Kampagne läuft, verpflichtend.

Der Blick zurück auf die ideologischen Wirren und Windungen in den letzten fünfzig Jahren macht deutlich, daß es zwar die ganze Zeit über eine einheitliche Führung durch die kommunistische Partei gab, die den Primat der Partei, die Diktatur des Proletariats, das Festhalten an den Marx-Lenin-Mao-Zedong-Ideen und Deng-Xiaoping-Gedanken verteidigte, aber den jeweiligen Inhalt der mit diesen ideologischen Floskeln gemeinten Vorstellungen offensichtlich nach Belieben geändert hat. Mao Zedong hat in der Zeit seiner Herrschaft (1949–1976) am heftigsten am Rad der ideologisch bedingten Kampagnen gedreht. Während seiner Zeit gab es die „Kampagne der hundert Blumen“, den „Großen Sprung vorwärts“ und die „Große Proletarische Kulturrevolution“ (1966–76).

Alle diese Kampagnen waren begleitet von einer starken Emotionalisierung des gesamten politischen Lebens und führten zu

Verlusten an Menschenleben von gigantischen Ausmaß. Der „Große Sprung vorwärts“ sollte mit einem Kraftakt die Industrialisierung Chinas vorantreiben, indem mit primitiven Anlagen auf dem Land gewaltige Mengen Stahl erzeugt wurden. Das Ergebnis waren 30 Millionen Tote, die der durch die von der Kampagne ausgelösten Hungersnot zum Opfer fielen. Ähnlich katastrophal waren die Folgen des Experiments der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, bei der die Banden der Rotarmisten im Kampf gegen die „Vier Alten“ schrankenlose Gewalt ausübten. Durch die Lähmung des gesamten Ausbildungswesens wurde die VR China um zehn Jahre zurückgeworfen, und eine ganze Generation Jugendlicher um ihre Lebenschancen gebracht.

Mit *Deng Xiaopings Reformpolitik* nach dem Tode Mao Zedongs und dem Sturz der „Viererbände“ begann 1979 eine Zeit ruhiger Aufbauarbeit. Offiziell wurde an den ideologischen Vorgaben eines chinesischen Weges zum Sozialismus zwar festgehalten, die tatsächlich verfolgte Wirtschaftspolitik lag eher auf der Linie eines ziemlich kruden Kapitalismus. Die von der Regierung gewählte Bezeichnung „sozialistische Marktwirtschaft“, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das China von heute wenig mit einer von den Ideen des Sozialismus geprägten Gesellschaft zu tun hat, sondern eher von Konkurrenz und Streben nach wirtschaftlichem Vorteil bestimmt ist.

Als jedoch die Studenten und andere Gruppen der chinesischen Gesellschaft 1989 für eine stärkere Demokratisierung auf die Straßen gingen, griff Deng Xiaoping zurück auf die altbekannte Methode der gewaltsamen Unterdrückung. Das Massaker vom Tiananmenplatz hat hart und brutal die Grenzen einer Liberalisierung innerhalb eines kommunistischen Einparteiensystems aufgezeigt.

Der jetzige Staats- und Parteichef *Jiang Zemin*, Jahrgang 1926, ist aus der Gruppe der erfolgreichen Kader hervorgegangen. Seine Gestalt bleibt bei aller Machtfülle, die er sich durch die Besetzung der wichtigsten Staats-, Partei- und Militärämter gesichert hat, seltsam blaß und unbestimmt. Dabei hat er das Amt des Generalsekretärs der kommunistischen Partei schon zehn Jahre inne und ist damit der am längsten amtierende Parteichef in der Geschichte der VR China. Bisher hat er es nie vermocht, die Massen zu begeistern und für eine Wiederbelebung der ideologischen Diskussion im Land zu sorgen.

Es gibt aber auch ein anderes Bild von China, das wesentlich optimistischer in die Zukunft sieht. Vergleicht man nämlich die Situation heute mit der vor zwanzig Jahren, dann wird deutlich, daß die Chinesen heute über weitaus mehr Freiheiten verfügen. Heute können sie selber entscheiden, welchen Beruf sie ausüben und auf welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen, alles Dinge, die damals strikt von der Einheit (danwei) vorgegeben wurde. Auch haben sie die Möglichkeit, einen Paß für Auslandsreisen anzufordern, vorausgesetzt, daß sie über die notwendigen finanziellen Mittel

verfügen. Anfänge einer Demokratisierung lassen sich erkennen, wenn auf dem Lande in den Dörfern Wahlen abgehalten werden, um die Funktionäre auf der lokalen Ebene zu bestimmen. Diese vorsichtigen Schritte in Richtung Demokratisierung sind bisher von chinesischen Gesetzen nicht gedeckt, werden aber von den Behörden zugelassen und sogar in den Medien positiv dargestellt.

### Das Wachstum von Falun-Gong ist den Behörden entgangen

Die Reaktionen der chinesischen Regierung gegenüber der Falun-Gong-Bewegung sind in jüngster Zeit immer hektischer geworden. Ganz offensichtlich sind Regierungsstellen wie das Nationale Büro für Religiöse Angelegenheiten, aber wohl noch mehr die Sicherheitsbehörden angesichts des spektakulären Wachstums dieser von *Li Hongzhi* 1992 in Changchun in Nordchina gegründeten „Sekte“ ernstlich beunruhigt. In einem Brief an die Regierung haben Mitglieder der Bewegung erklärt, daß sie sich nicht als Religion oder Sekte verstünden und keinerlei politische Ziele verfolgten. Der Name Falun-Gong ließe sich aus dem Chinesischen etwa mit „Disziplin vom Rad der Lehre“ übersetzen, wobei für „Lehre“ das Wort „Dharma“ steht, was eine Anspielung auf Gautama Siddharta darstellt, von dem gesagt wird, daß er „das Rad der Lehre“ in Bewegung gesetzt habe.

Inhalte und Praktiken dieser Bewegung sind denn auch nicht eigentlich neu. Im wesentlichen handelt es sich um die altbewährten Methoden des Qi-Gong, der rhythmischen gymnastisch-meditativen Bewegungen, angereichert mit Anregungen zur Selbstverwirklichung und Disziplin aus taoistischen und buddhistischem Gedankengut. Es geht bei den Übungen darum, die sogenannten höchsten Eigenschaften des Universums Zhen (Wahrhaftigkeit), Shan (Barmherzigkeit) und Ren (Nachsicht) zu erlangen, damit man zu einem Menschen wird, der in Harmonie zum Kosmos steht. Die vorgeschriebenen Übungen, mit so blumigen Namen wie „Buddha streckt Tausende von Händen aus“, oder „die beiden kosmischen Pole verbinden“ zielen darauf ab, Energieblockaden im Körper zu beseitigen, damit dieser frei kosmische Energie empfangen kann.

Wie bei vielen anderen taoistisch inspirierten Praktiken sollen die Übungen den Alterungsprozeß verlangsamen und „langes Leben“ bescheren. Es ist wohl in erster Linie diese bei den Anhängern der Falun-Gong weitverbreitete Erwartung, durch die Qi-Gong-Übungen auch Krankheiten bekämpfen zu können, die den Hintergrund für die Anschuldigungen der chinesischen Regierungsstellen abgeben, daß die Sekte gemeingefährlich sei, da es zu einer ganzen Reihe von Todesfällen gekommen sein soll, weil Kranke es versäumt hätten, normale medizinische Behandlungen bei Ärzten und Krankenhäusern anzunehmen. Verantwortlich dafür machen die

Behörden Li Hongzhi, der sich labilen Menschen als Heilsfigur und Wunderheiler in seinen Schriften und Videos aufdränge.

Die chinesische Regierung versucht jedenfalls gezielt, Li Hongzhi und seine Bewegung zu kriminalisieren, indem ihm vorgeworfen wird, für den Tod von 743 seiner Anhänger verantwortlich zu sein, die durch die Meditationspraxis und vor allem durch eine angebliche Weisung ihres Meisters, sich bei Krankheitsfällen nicht der Schulmedizin und der Ärzte zu bedienen, sondern allein auf die Wirkkraft seiner Lehre und Weisung zu vertrauen, ihr Leben verloren hätten.

In Schriften der Falun-Gong-Bewegung heißt es über den „Meister“ Li Hongzhi, daß er 1951 in Gongzhuling in der Provinz Jilin in einer Akademikerfamilie geboren wurde. Nach dem Mondkalender war es der 8. April, der traditionell als Geburtstag des historischen Buddha Gautama Siddharta gefeiert wird – eine Tatsache, die als bedeutungsvoll für das weitere Leben und Wirken Li Hongzhis angesehen wird. Seit seiner Kindheit soll er eine intensive Ausbildung bei angeblich 20 verschiedenen Meistern und Meisterinnen in buddhistischen und daoistischen Meditationspraktiken und des Qi Gong erhalten haben. Nach Abschluß dieser Ausbildung, die allerdings mit einer nicht weiter bestimmten Berufstätigkeit einherging, hat er sich dann ab 1992 ausschließlich der Verbreitung seiner eigenen Lehre gewidmet.

### Bisher gab es gegen die Bewegung nur Anordnungen und Verbote

Li Hongzhi konnte dann aber nur vier Jahre in der VR China tätig sein und ist 1996 mit seiner Familie in die USA ausgewandert. Von dort ist er über Buchpublikationen, Videos, aber vor allem durch das Internet mit seinen Anhängern in der VR China, aber auch in anderen Ländern Amerikas und Europas verbunden. In Deutschland soll es bereits in 20 Städten Gruppen von Falun-Gong-Anhängern geben, die sich regelmäßig zu Übungen treffen.

Auffallend ist, daß der Aufbau dieser überraschend effektiven Organisation und das spektakuläre Wachstum der Bewegung den chinesischen Behörden über längere Zeit hinweg nicht aufgefallen ist. Die Mitgliederzahl wird seitens der Falun-Gong für die VR China mit über 70 Millionen angegeben. Chinesische Regierungsstellen sprechen dagegen von nur zwei bis drei Millionen Mitgliedern. Li Hongzhi selber beziffert die Zahl seiner Mitglieder weltweit auf gegenwärtig 100 Millionen. In Anzeigen in Hongkonger Zeitungen und in einer eigenen Website im Internet (<http://falundafa.org>) gibt er der chinesischen Regierung zu bedenken, daß sie es sich gut überlegen sollte, ob sie tatsächlich gegen die vielen sich in seiner Bewegung engagierenden chinesischen Bürger vorgehen wolle, die nichts weiter wollten, als in Ruhe den im letzten

doch staatstragenden Zielen und Werten der Falun-Gong-Bewegung nachzugehen. Zugleich stellt Li Hongzhi in Abrede, daß es sich bei Falun-Gong um eine hoch organisierte Bewegung handele. Jeder könne bei den öffentlichen Übungen in den Parks der meisten chinesischen Städten mitmachen, ohne sich registrieren zu lassen.

Das Mißtrauen der Behörden wurde geweckt, als die Falun-Gong-Bewegung am 25. April 1999 mit einer Großdemonstration auf dem Tiananmen-Platz mitten in Beijing gegen die beginnenden staatlichen Repressalien protestierte. Die Art und Weise, wie es der Bewegung gelang, sich zu Zehntausenden still und heimlich auf dem nach dem Massaker von 1989 so streng bewachten Platz mitten im chinesischen Regierungszentrum zu versammeln, hat die Sicherheitsbehörden aufgeschreckt. Sie, die sonst alles unter Kontrolle haben und über gute Informationen verfügen, hatten die Vorbereitungen für die Demonstration, die landesweit in der Stille vor sich gegangen waren, offensichtlich verschlafen.

Neben der Blamage, die dieses Versagen mit sich brachte, stand auch die ernste Sorge, wie es dieser bis dahin offensichtlich falsch eingeschätzten Bewegung gelungen war, sich unbemerkt eine so effektiv operierende Infrastruktur zu geben. Als die Gruppe im Juli dieses Jahres erneut versuchte, in Beijing eine Demonstration zu veranstalten, griffen die Behörden entschiedener ein. Die nach Beijing gekommenen Mitglieder von Falun-Gong wurden in Busse verfrachtet und erst einmal in zwei Sportstadien in den Stadtteilen Fengtai und Shijingshan festgehalten.

Besonders beunruhigt sind die chinesischen Behörden durch die Tatsache, daß es der Organisation gelang, zeitgleich in 30 Städten des Landes insgesamt ungefähr 300 000 Menschen auf die Straße zu bringen. Seit dem 21. Juni dieses Jahres hat die Parteizeitung Renmin Ribao sich in nicht weniger als fünf Leitartikeln mit der Falun-Gong-Bewegung befaßt und schwere Vorwürfe gegen sie erhoben. Die Bewegung füge ihren Mitgliedern schwere psychische Schäden zu, da die vorgeschriebenen Übungen das kritische Denken ausschalteten und die Praktizierenden in ernste Gefahren bis hin zum Selbstmord brächten. Am 18. Juli wurde dann zunächst die Internet-Seite der Bewegung gesperrt, um Li Hongzhi die Möglichkeit der Kommunikation mit seinen Anhängern zu nehmen.

Am 22. Juli 1999 hat die chinesische Regierung dann die Notbremse gezogen und die Falun-Gong-Bewegung verboten. Bei der Begründung des Verbots werden alte Ladenhüter verwendet, wenn der Bewegung vorgeworfen wird, sie fördere „feudalistisches Gedankengut“ und verbreite „Aberglaube“. In der Diskussion um die chinesische Religionspolitik geht es traditionell immer darum, zwischen „rechtmäßigen religiösen Praktiken“ und „feudalistischem Aberglauben“ zu unterscheiden.

Die Trennlinie zwischen „orthodoxer, vom Staat anerkannter Religionsausübung“ und „illegalen religiösen Praktiken von

Aberglaube und Fanatismus“ liegen oft weniger in den Inhalten, die diese religiösen Bewegungen vertreten, sondern vielmehr in der Transparenz der Tätigkeiten, die den zuständigen Behörden die Kontrolle erlauben. Eingeschritten wird immer dann, wenn Aspekte der inneren Sicherheit berührt werden und das Monopol des Staates zu bestimmen, was als „legal“ und was als „illegal“ auf dem Gebiet der Religion anzusehen ist, gefährdet erscheint.

Grundsätzlich haben alle Religionen den Aufbau des „sozialistischen Staates“ zu fördern und die Vorherrschaft der kommunistischen Partei anzuerkennen, die selbstverständlich ihre Interessen mit denen des chinesischen Staates gleichsetzt. Eine pikante und für die Zukunft vielleicht nicht unwichtige Seite der Auseinandersetzungen der chinesischen Regierung und der mit ihr symbiotisch verbundenen kommunistischen Partei mit Falun-Gong besteht darin, daß die als „abergläubisch“ und „feudalistisches Gedankengut fördernd“ eingestufte Bewegung selbst unter Parteimitgliedern offensichtlich gar nicht so geringen Anhang gefunden hat. Konkret sollen Soldaten und Offiziere, Staatsanwälte, Angehörige der Polizei und führende Personen in der Wirtschaft Mitglieder bei Falun-Gong sein. Ende Juli berichtete das Informationszentrum für Demokratie und Menschenrechte in Hongkong, daß die chinesische Regierung gegen „einige Tausend Funktionäre in Partei und Verwaltung“ vorgehe, die sich wegen ihrer Mitgliedschaft bei der Falun-Gong-Bewegung einer Umschulungskampagne unterziehen müßten.

Die Parteizentrale hat sich in einem am 18. Juli veröffentlichten Aufruf an alle Mitglieder der chinesischen kommunistischen Partei gewandt und daran erinnert, daß Parteimitglieder keiner Religion und schon gar nicht abergläubischen Gruppen angehören dürften, sondern reine Materialisten zu sein hätten, die den Marxismus-Leninismus-Mao-Zedong-Ideen und den Lehren Deng Xiaopings folgen. Im Rückgriff auf den Kampagnenstil früherer Tage wird der „spontane“ Zorn einfacher chinesischer Bürger auf die „abscheulichen und schädlichen Praktiken“ der Falun-Gong-Bewegung gezeigt. Ehemalige Mitglieder verkünden reumütig, daß sie selber nicht verstehen könnten, wie sie sich von den Machenschaften Li Hongzhis hätten einfangen und beeinflussen lassen.

Das staatliche Fernsehen wurde in die Kampagne gegen Falun-Gong voll eingeschaltet. Die Nachrichtensendung „Focus“ brachte über mehrere Tage zur besten Sendezeit am Abend spezielle Berichte über die Missetaten der Falun-Gong und Stimmen prominenter Persönlichkeiten, die vor der Gefährlichkeit dieser Bewegung warnten. In Shanghai wurde zum Beispiel auch der katholische Bischof *Aloysius Jin Luxian* interviewt, der erwartungsgemäß ebenfalls in den Chor der Mahner und Warner vor Falun-Gong einstimmte. Auch andere religiöse Führer, Protestanten, Buddhisten, Daoisten und

Muslime, schlossen sich der Kritik an der Falun-Gong-Bewegung „spontan“ an.

Die chinesischen Behörden scheinen nicht zu merken, welches Licht auf die Religionsfreiheit in der VR China solche orchestrierten Auftritte, bei denen in Übereinstimmung mit der Vorgabe seitens der kommunistischen Partei unisono Falun-Gong als „verwerfliche Sekte“ gebrandmarkt wird, im Ausland haben müssen. Es hat ganz offensichtlich keinerlei juristische Schritte gegen die Bewegung gegeben, bei der in einem legalen Prozeß Anklage geführt und ein rechtskräftiges Urteil ergangen wäre. Bisher haben die Behörden allein auf dem Weg von Anordnungen und Verboten gehandelt, ohne daß der Falun-Gong-Bewegung die Möglichkeit eingeräumt worden wäre, sich zu verteidigen. In einer weiteren Eskalation der Maßnahmen gegen die Bewegung haben die chinesischen Behörden am 28. Juli 1999 einen Haftbefehl gegen Li Hongzhi erlassen, der allerdings nur wirksam werden könnte, wenn Interpol tatsächlich seine Verhaftung in New York durchführen sollte.

### Falun-Gong profitiert von der mangelnden Glaubwürdigkeit der Partei

Die aufgeregten Reaktionen der chinesischen Führung machen deutlich, daß das starke Anwachsen der Falun-Gong-Bewegung – deren Mitglieder in der großen Mehrzahl Männer und Frauen im fortgeschrittenen Alter sind, die in den frühen Morgenstunden die Parks in den Städten füllen, wo sie still und konzentriert ihren Meditationsübungen nachgehen – als eine ernstzunehmende Gefahr für das Alleinvertragsmonopol der kommunistischen Partei gesehen wird. Diese Bewegung mit ihren Millionen von Anhängern wird offensichtlich als Keim einer politischen Bewegung gesehen, die sich zu einer Alternative zur kommunistischen Partei mausern könnte. Das Massenphänomen Falun-Gong macht der kommunistischen Führung in China schmerzlich bewußt, daß sie nicht länger die unangefochtene Meinungsherrschaft besitzt. Die ideologischen Kampagnen der Partei erreichen schon lange nicht mehr die sprichwörtlichen „Massen“, ja weitgehend nicht einmal die eigenen Parteimitglieder. Mit ihren heftigen Reaktionen auf Falun-Gong können die Parteikader vielleicht den Einfluß dieser Bewegung vorübergehend eindämmen und verhindern, daß noch mehr Mitglieder in ihren Sog geraten. Sie können aber nicht positiv das verlorengegangene Terrain zurückgewinnen, da die Glaubwürdigkeit der Partei durch die nicht enden wollenden Korruptionsfälle wohl irreparabel geschädigt ist.

Als Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses hat sich der ehemalige Ministerpräsident *Li Peng* Mitte August für den ideologischen Kampf gegen die Bewegung ausgesprochen. Li Peng, der als Hardliner für das Eingreifen auf dem Tiananmen-Platz im Jahr 1989 die Hauptverantwortung trägt, for-

derte eine verstärkte Schulung in den Idealen des Kommunismus und Sozialismus, um den gefährlichen ideologischen Verwirrungen der Falun-Gong zu begegnen. Sekundiert wurde er von Jiang Zemin, der sich ebenfalls für die Bekämpfung der Falun-Gong-Bewegung aussprach, um die gesellschaftliche Stabilität im Lande zu erhalten.

Die zentralen Werte, die von der Falun-Gong-Bewegung herausgestellt werden, haben an sich keine politische oder revolutionäre Bedeutung, stehen aber doch in einem starken Gegensatz zur offiziellen Terminologie der kommunistischen Partei. Das kommunistische Menschenbild ist nun einmal geprägt vom Klassenkampf, der Diktatur der Partei und den ideologischen Vorgaben, alle menschlichen Werte und Rechte dem einen Ziel der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft unterzuordnen. Dabei haben die Chinesen in den 50 Jahren des Bestehens der Volksrepublik und der Herrschaft der kommunistischen Partei erfahren müssen, wie hohl die revolutionären Phrasen und wie verheerend die immer wiederkehrenden ideologischen Kampagnen für das Zusammenleben der Menschen gewesen sind, wie zynisch die Parteikader ihre privilegierten Stellungen zum eigenen Vorteil ausgenutzt haben und ausnutzen.

Die offizielle Propaganda strotzt von Unwahrheiten und Klischees, die von keinem mehr ernstgenommen werden und die die ganze Gesellschaft vergiften. Auch Jahrzehnte von Versuchen, die Menschen einer „Gehirnwäsche“ zu unterziehen und „neue Menschen nach Mao“ aus ihnen zu machen, die nur „dem Volke dienen“ wollen, haben zu einem Widerwillen gegen alle ideologischen Machenschaften geführt. Ganz offensichtlich trifft eine Bewegung wie Falun-Gong mit ihrer einfachen Botschaft auf eine große Bereitschaft bei vielen Chinesen, einige wenige Grundregeln menschlichen Verhaltens für sich selber und anderen gegenüber wieder einzuüben.

## Einen Papstbesuch in Hongkong verhinderten die Behörden

Verbunden mit den Übungen des Qigong, die die Einheit von Körper und Geist und das gesunde Leben betonen, sehen viele hier einen Ausweg und eine Hilfe in der rauen Welt der ideologischen Unterdrückung und des immer schärfer werdenden Wettbewerbs in der sogenannten „sozialistischen Marktwirtschaft“ zu überleben und menschliche Würde zu bewahren. Dabei setzen die Anhänger der Falun-Gong auf taoistische Tugenden des Nachgebens („das Weiche besiegt das Harte“), des „Nichthandelns“ (wuwei), d. h. des Verzichts von Gewalt und andere Formen eines eher passiven Widerstands.

Am 9. August ging ein Interview mit Bischof *Joseph Zen*, dem Koadjutor von Hongkong, durch die Presse, in dem er mitteilte, daß die chinesische Regierung sich gegen einen Besuch des Papstes in Hongkong ausgesprochen habe. Seit längerer Zeit wurde spekuliert, daß *Johannes Paul II.* bei seiner für den

Herbst geplanten Asienreise auch in Hongkong eine Zwischenstation einlegen werde. Diese Pläne sind jetzt definitiv gescheitert. Der Vatikan hat die Reisepläne wohl auch als Test verstanden, inwieweit die VR China an einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen interessiert sei. Entscheidend für das Veto seitens Beijing für einen Besuch des Papstes in Hongkong waren die zwischen dem Heiligen Stuhl und Taiwan bestehenden diplomatischen Beziehungen.

In dieser Frage ist der Standpunkt der VR China bekannt und unverändert: Zuerst habe der Vatikan seine Beziehungen zu Taiwan abzubrechen; danach könne dann über eine Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Beijing verhandelt werden. Grundlage einer positiven Entscheidung müsse in jedem Fall die Annahme des für die Volksrepublik China entscheidenden „Ein-China-Prinzips“ sein, was einschließt, Taiwan als abtrünnige Provinz zu betrachten.

Den Preis eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, um im Gegenzug die Erlaubnis für den Besuch des Papstes in Hongkong zu erhalten, hat der Vatikan verständlicherweise nicht zahlen wollen. Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und China bestehen seit 1922, als *Celso Costantini* als Apostolischer Delegat bei der republikanischen Regierung in Peking akkreditiert wurde. 1946 errichtete Pius XII. die chinesische Hierarchie und ernannte im selben Jahr *Antonio Riberi* zum ersten Internuntius. 1952 wurde Riberi des Landes verwiesen und verlegte seinen Amtssitz nach Taipei auf Taiwan. Belastend für das Verhältnis zur VR China erwies sich die Erhebung der Internuntiat zur Nuntiat 1966, die Paul VI. vornahm. Die Tatsache, daß seit 1973 der Vatikan seine diplomatische Vertretung so weit abgewertet hat, daß die Geschäfte nur noch von einem „Chargé d’Affaires“, d. h. der untersten möglichen Stufe einer diplomatischen Vertretung, wahrgenommen werden, konnte als eine gewisse Korrektur und als Geste guten Willens gegenüber der VR China gewertet werden.

Taiwan seinerseits unterhält allerdings eine Botschaft am Vatikan und mißt dieser Vertretung, weil sie – neben den in jüngerer Zeit aufgenommenen Beziehungen zu Makedonien – die einzige mit einem europäischen Land noch bestehende diplomatische Verbindung ist, relativ großes Gewicht bei. Im August 1999 wurde der bis dahin als Chargé d’Affaires tätige *Joseph Chennoth* abberufen und zum Nuntius in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad ernannt. Die Stelle in Taipei wurde zunächst einmal unbesetzt gehalten – ein „üblicher Vorgang“, wie der Vatikan in einer Erklärung zu verstehen gab.

Wie sieht es mit der Freiheit der „Sonderverwaltungsregion Hongkong“ aus, wenn es darum geht, internationale Beziehungen zu unterhalten und ausländische „Staatsoberhäupter“ zu empfangen? Beijing hat deutlich gemacht, daß es sich hier als zuständig und weisungsbefugt ansieht und den Behörden in Hongkong nicht zugesteht, gleichsam als eigenständige politische Größe aufzutreten. Hat die VR China da-

mit gegen die Gemeinsame Erklärung von 1984 und das Grundgesetz (Basic Law) von 1990 verstoßen? Die chinesische Regierung vertritt den Standpunkt, daß dieses Abkommen zwar Hongkong „Autonomie“ im Sinne von „Ein Land – zwei Systeme“ zuspreche, diese Autonomie im Abkommen selber aber eingeschränkt sei, weil die Bereiche „Verteidigung“ und „ausländische Beziehungen“ dort (Art. 13 und 14) ausdrücklich ausgeklammert seien.

Der Kanzler der Diözese Hongkong, *Lawrence Lee*, betonte demgegenüber, daß der Artikel 149 des Grundgesetzes festhalte, daß religiöse Organisationen „Beziehungen zu ihren Partnern im Ausland und entsprechenden internationalen Organisationen beibehalten und entwickeln dürfen“. Im Licht dieser Bestimmung müßte ein Besuch des Papstes in Hongkong durchaus als Pflege bestehender Beziehungen verstanden werden. Bezüglich der Beziehungen der katholischen Kirche Hongkongs zur katholischen Kirche auf dem Festland halten die Vereinbarungen fest, diese sollten auf der Basis der Prinzipien der „Nicht-Unterordnung, Nicht-Einmischung und des gegenseitigen Respekts“ beruhen.

Damit bleibt der katholischen Kirche in Hongkong ein Sonderstatus erhalten, der sich darin zeigt, daß das Bistum Hongkong weder der Bischofskonferenz von Taiwan noch der des Festlandes zugeordnet ist. Mit der Ernennung eines Koadjutors in der Person von Bischof *Joseph Zen* und von *John Tong* als Weihbischof ein knappes Jahr vor der Rückkehr Hongkongs in den Staatenverband der VR China hat der Vatikan vorsorglich gehandelt, um wahrscheinlichen diplomatischen Verwicklungen bei der einmal notwendig werdenden Ernennung eines Nachfolgers für Kardinal Wu aus dem Weg zu gehen.

Die Weihe eines Bischofs mit Billigung Roms und die Eingliederung eines Bischofs der sogenannten „Untergrundkirche“ in die offiziell anerkannte Kirche wurden dagegen als ein Zeichen vorsichtiger Annäherung und wachsender Verständigung zwischen Rom und Beijing gewertet. In der Provinzhauptstadt Changchun wurde am 9. Mai 1999 der schon 75jährige Priester *Damas*

*Zhang Hanmin* zum Bischof der Diözese Jilin in der Mandschurei geweiht. Neben den konsekrierenden Bischöfen *Pius Jin Peixian* von Liaoning, *Anthony Li Duan* von Xian, stellvertretender Vorsitzende der Chinesischen Bischofskonferenz, und *Andreas Zhu Wenyu* von der Nachbardiözese Chifeng, waren auch ausländische Gäste bei der Handauflegung nach der Weihe beteiligt. Der koreanische Bischof *Angelo Kim* von Suwon, in Yanji in Nordchina geboren wurde, war eigens zur Weihe gekommen. Unter den Konzelebranten waren Priester aus Korea und Hongkong, anwesend waren auch zahlreiche Katholiken aus Europa und den USA.

Auffallend und bisher einmalig bei einer Bischofsweihe in der staatlicherseits anerkannten Kirche war, daß zu Beginn der Feier eine päpstliche Bulle mit der Zustimmung zur Weihe verlesen wurde. Zuvor war aber die eigentliche Ernennung durch die politischen und religiösen Gremien in der VR China erfolgt. Inwieweit diese Konzession seitens der chinesischen Behörden nur aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in der Diözese Jilin getroffen wurden, wo der Bruch zwischen der offiziellen Kirche und der Untergrundkirche sehr ausgeprägt ist, oder ob sich hier eine generelle Änderung der Religionspolitik abzeichnet, bleibt abzuwarten.

Ebenfalls stark beachtet wurde die Einführung von *Nikolaus Shi Jingxian* als Bischof von Shangqiu, eine Diözese in der Provinz Henan 600 km südlich von Beijing, am 13. Mai 1999. Ungewöhnlich war, daß ein seit 1991 in der sogenannten Untergrundkirche heimlich geweihter „Untergrundbischof“ seitens der Religionsbehörden offiziell anerkannt wurde. Der schon 79 Jahre alte Bischof Shi begründete seinen Schritt, sich der offiziell vom Staat anerkannten Kirche anzuschließen unter anderem damit, daß es so leichter sein werde, mit den staatlichen Religionsbehörden anstehende Fragen der Regelung von Vermögen der katholischen Kirche zu klären. Der Schritt macht aber auch deutlich, daß die Konfrontation zwischen der „offenen“ und der „Untergrundkirche“ an Schärfe verliert.

*Georg Evers*

## Nachrichten

*Johannes Paul II. bekräftigt Notwendigkeit eines kirchlichen Schuldbekennnisses*

In seiner programmatisch formulierten Ansprache bei der Mittwochsaudienz vom 1. September (vgl. *Osservatore Romano*, 2.9.99) sagte der Papst, die Anerkennung der „gemeinschaftsbezogenen Implikationen der Sünde“ dränge

die Kirche dazu, für die Verfehlungen ihrer Glieder in der Geschichte um Vergebung zu bitten. Die Kirche, so Johannes Paul II., fürchte sich nicht vor der Wahrheit, die sich aus der Erforschung der Geschichte ergebe, und sei dazu bereit, die auch wirklich nachgewiesenen Fehler einzugestehen, „vor allem, wo es sich um die den Personen und Gemeinschaften geschuldeten Achtung handelt“. Sie setze bei der Aufarbeitung der Vergangenheit auf die „geduldige und ehrliche wissenschaftliche Rekonstruk-

tion ohne konfessionelle oder ideologische Vorurteile“. Die Vergebungsbitte der Kirche für die Verfehlungen ihrer Glieder dürfe nicht als Akt vorgetäuschter Erniedrigung verstanden werden, auch nicht als Distanzierung von ihrer zweitausendjährigen Geschichte, die unzweifelhaft reich an Verdiensten auf dem Feld der Nächstenliebe, der Kultur und der Heiligkeit sei: „Sie entspringt vielmehr dem unverzichtbaren Bemühen um die Wahrheit, das neben den positiven Aspekten auch die ‚Gren-